Deutscher Bundestag **Drucksache 19/9308**
19. Wahlperiode 11.04.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Axel Gehrke, Paul Viktor Podolay, Dr. Robby Schlund, Jörg Schneider, Detlev Spangenberg und der Fraktion der AfD

Rückverlagerung der Arzneimittelproduktion nach Deutschland

Früher galt Deutschland als die „Apotheke der Welt", heute werden die meisten Wirkstoffe in China oder Indien produziert. Treten dort Herstellungsprobleme auf, fallen meist gleichzeitig die Produkte mehrerer pharmazeutischer Unternehmer auf dem deutschen Markt aus. Qualitätsmängel betreffen gleichzeitig viele Produkte von verschiedenen pharmazeutischen Unternehmen auf dem deutschen Markt. Beispiele sind Piperacillin und Tazobactam nach der Explosion einer Fabrik des chinesischen Herstellers Qilu in der chinesischen Provinz Shandong (www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/politik/antibiotika-wieder-in-deutschland-produzieren-pro-generika-legt-machbarkeitsstudie-vor/) und die Verunreinigung von Arzneimitteln, die Valsartan vom chinesischen Herstellers Zhejiang Huahai Pharmaceutical enthielten, mit N-Nitrosodimethylamin (NDMA) (www.bfarm.de/DE/Arzneimittel/Arzneimittelzulassung/Arzneimittelinformationen/Arzneimittelfaelschungen/RapidAlertSystem/Valsartan/_node.html). Mittlerweile sind weitere Sartane betroffen (www.abda.de/amk-nachricht/artikel/online-nachricht-amk-liste-der-chargen-rueckrufe-sartan-haltiger-arzneimittel/).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sieht es die Bundesregierung – auch vor dem Hintergrund möglicher internationaler Krisen und der Tatsache, dass jetzt feststeht, dass unterschiedliche Wirkstoffe und insbesondere auch Antibiotika betroffen waren – bezüglich der Versorgungssicherheit nun als bedenklich an, von ausländischen Herstellern abhängig zu sein?
2. Ist die Bundesregierung bestrebt, die Arzneimittelproduktion wieder nach Deutschland zurückzuverlagern, so wie es Professor Dr. Karl Broich, Präsident des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) für möglich hält?
3. Wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung dafür?
4. Wäre die Abschaffung oder Modifikation des derzeitigen Rabattvertragssystems aus Sicht der Bundesregierung ein geeigneter Weg, und falls nicht, warum nicht?

Berlin, den 29. März 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333